

MINISTERIALBLATT

FÜR DAS LAND NORDRHEIN-WESTFALEN

3. JAHRGANG

DÜSSELDORF, DEN 25. NOVEMBER 1950

NUMMER 101

Inhalt

(Schriftliche Mitteilung der veröffentlichten RdErl. erfolgt nicht.)

A. Innenministerium.

A. Innenministerium. B. Finanzministerium.

RdErl. 14. 11. 1950, Verwaltungskostenzuschüsse (Pauschbeträge) der Deutschen Bundespost und der Deutschen Bundesbahn für das Rechnungsjahr 1950. S. 1089.

A. Innenministerium. C. Ministerium für Wirtschaft und Verkehr.

RdErl. 12. 11. 1950, Akustische Warnzeichen und blaues Kennlicht für die Dienstfahrzeuge der Polizei und Feuerwehr. S. 1091.

B. Finanzministerium.

C. Ministerium für Wirtschaft und Verkehr.

D. Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten.

V. Bodenreform, Siedlung, Landeskultur, Wasserwirtschaft: RdErl. 9. 11. 1950, Beihilfen für die Erstellung von Landarbeiter-, Forstarbeiter- und Handwerkerstellen. S. 1092.

E. Arbeitsministerium.

F. Sozialministerium.

G. Kultusministerium.

H. Ministerium für Wiederaufbau.

J. Landeskanzlei.

Literatur. S. 1096.

A. Innenministerium

B. Finanzministerium

Verwaltungskostenzuschüsse (Pauschbeträge) der Deutschen Bundespost und der Deutschen Bundesbahn für das Rechnungsjahr 1950

Gem. RdErl. d. Innenministers III B 4/124 u. d. Finanzministers Kom. F. 1493 Tgb. 23464/I v. 14. 11. 1950

Die auf das Land Nordrhein-Westfalen entfallenden Anteilsbeträge an den Verwaltungskostenzuschüssen (Pauschbeträgen) der Deutschen Bundespost und der Deutschen Bundesbahn werden im Rechnungsjahr 1950 wieder nach Maßgabe der Bestimmungen der Preuß. Verordnung vom 15. Dezember 1930 — Ges.S. S. 295 — verteilt. In Durchführung dieser Verordnung (Art. III) wird folgendes bestimmt:.

I. Anteilsberechtigt sind solche Wohngemeinden, in denen die Arbeitnehmer der Deutschen Bundespost und der Deutschen Bundesbahn und sonstiger zuschlußpflichtiger Bundesbetriebe mit ihren Haushaltsangehörigen zusammen am 24. Oktober 1950 — das ist der Tag der allgemeinen Personenstands- und Betriebsaufnahme — mehr als 5 v. H. der Wohnbevölkerung am 13. September 1950 — das ist der Tag der letzten allgemeinen Volkszählung — ausmachten, unabhängig davon, in welcher Gemeinde der zuschlußpflichtige Betrieb liegt.

II. Gemeinden, bei denen die Voraussetzungen nach Ziff. I erfüllt sind, haben Anträge auf Beteiligung nach dem mit RdErl. des Preuß. MdI. und FM. vom 20. Dezember 1930 — MBliV. S. 1201 — bekanntgegebenen Muster und unter genauer Beachtung der dabei veröffentlichten Anleitung sowie unter Beifügung von Bescheinigungen der Dienststellen der Deutschen Bundespost und der Deutschen Bundesbahn nach beiliegendem Muster 1 und 2 bis zum 1. Februar 1951 (Ausschlußfrist) an das Statistische Landesamt in Düsseldorf einzureichen. Bei der Antragstellung ist die Beifügung namentlicher Listen über die Arbeitnehmer und die Zahl ihrer Haushaltsangehörigen nicht erforderlich. Es empfiehlt sich aber, namentliche Listen der Arbeitnehmer und der Zahl ihrer Haushaltsangehörigen den Dienststellen der Deutschen Bundespost und Bundesbahn zu übermitteln, damit sie von diesen als Grundlage für die Ausfertigung der Bescheinigungen, die nur die Zahlen zu enthalten haben, verwendet werden können und die Richtigkeit der Bescheinigungen gewährleistet ist. Die Bescheinigungen sind jeweils für eine Wohnsitzgemeinde auszufertigen; sie dürfen nicht, wie es in den vergangenen Jahren teilweise geschehen ist, für mehrere Gemeinden eines Amtes zusammengefaßt sein.

III. Auf Grund der termingemäß eingereichten Anträge hat das Statistische Landesamt in Düsseldorf den Verteilungsschlüssel zu errechnen und die Aufteilung des Gesamtbetrages, dessen Höhe z. Z. noch nicht feststeht, auf die Gemeinden vorzunehmen.

IV. Der Herr Bundespostminister und der Herr Bundesverkehrsminister werden von vorstehender Regelung unterrichtet und gebeten, ihre unterstellten Dienststellen innerhalb des Landes NRW und der angrenzenden Gebiete zu verständigen und mit Weisung zu versehen, daß die von den Gemeinden benötigten Bescheinigungen auf Anfordern rechtzeitig zu erteilen sind, damit die Gemeinden die für die Antragstellung beim Statistischen Landesamt in Düsseldorf bestimmte Frist innehalten können.

An die Gemeinden und Gemeindeaufsichtsbehörden und das Statistische Landesamt in Düsseldorf.

Muster 1

.....
(Dienststelle)

....., den 195....

Bescheinigung

Es wird hiermit bescheinigt, daß am Stichtage 195.... bei der Deutschen Bundespost Arbeitnehmer mit Haushaltsangehörigen = zusammen Personen beschäftigt waren, die an diesem Stichtage ihren Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt in der Gemeinde — Stadt hatten.

(Dienststempel)

(Unterschrift)

An die
Stadt — Amts — Gemeinde — Verwaltung

Muster 2

.....
(Dienststelle)

....., den 195....

Bescheinigung

Es wird hiermit bescheinigt, daß am Stichtage 195.... bei der Deutschen Bundesbahn

1. im Bahnhofs- und Abfertigungsdienst Arbeitnehmer mit Haushaltsangehörigen = zusammen Personen
2. im Betriebsmaschinen- und Werkstättendienst Arbeitnehmer mit Haushaltsangehörigen = zusammen Personen
3. in Eisenbahnausbesserungswerken Arbeitnehmer mit Haushaltsangehörigen = zusammen Personen

beschäftigt waren, die an diesem Stichtag ihren Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt in der Gemeinde — Stadt hatten.

(Dienststempel)

(Unterschrift)

An die
Stadt — Amts — Gemeinde — Verwaltung

— MBl. NW. 1950 S. 1089.

A. Innenministerium

C. Ministerium für Wirtschaft und Verkehr

Akustische Warnzeichen und blaues Kennlicht für die Dienstfahrzeuge der Polizei und Feuerwehr

Gem. RdErl. d. Innenministers u. d. Ministers für Wirtschaft und Verkehr v. 12. 11. 1950 — IV A 2 I a 42.29 678 III/V/IV A 1 20

Auf Grund der §§ 52 (3) und 55 (4) StVO in Verbindung mit Artikel 30, 83 und 129 (1) GG wird für die Führung einheitlicher akustischer Warnzeichen und der blauen Kesscheinwerfer an Kraftfahrzeugen folgendes bestimmt:

I. Anweisung über die Führung und den Gebrauch der Warnzeichen und des Kennlichtes.

1. Warnzeichen und Kennlicht dürfen nur von den unter III aufgeführten Fahrzeugen bei dringender Notwendigkeit und nur, wenn der Zweck der Fahrt es erfordert, benutzt werden. Die Beachtung dieser Anordnungen wird hiermit zur besonderen Pflicht gemacht. Verantwortlich ist der Fahrer des Kraftfahrzeuges; soweit er auf besondere Anweisung eines Insassen des Fahrzeuges handelt, geht die Verantwortung auf diesen über.

2. Es wird hiermit untersagt, andere als die unter II bezeichneten Vorrichtungen (z. B. andersfarbige Scheinwerfer, Warnvorrichtungen anderer Tonfolge oder Tonhöhe, gelbe Rahmenflagge usw.) an Dienstfahrzeugen zu benutzen.

II. Art der Warnzeichen und des Kennlichtes.

1. Akustische Warnzeichen

a) Hornsignale von nachstehender Tonfolge und Tonhöhe. Die technische Ausführung der Hörner bedarf der Genehmigung des Ministers für Wirtschaft und Verkehr.



b) Lautsignale.

Zusätzlich zu den Hörnern zu II 1a) können bei den Fahrzeugen der Feuerwehr auf den Ton „h“ abgestimmte und vom Innenminister genehmigte Lautsignale verwendet werden.

2. Kennlicht (Dauerlicht).

a) Beschaffenheit.

Die Kennlichtmachung erfolgt bei Kraftfahrzeugen durch Kesscheinwerfer, bei Besspannfahrzeugen durch entsprechend hergerichtete Lampen. Für die Kesscheinwerfer bzw. Kennlampen sind Glasscheiben mit der handelsüblichen Bezeichnung „Kobaltblau massiv“ zu verwenden.

b) Größe und Anbringung der Kesscheinwerfer.

Es sind anzubringen:

bei Sonderstreifenkraftwagen und Streifenkraftwagen auf Pkw.-Fahrgestell

1 Scheinwerfer mit einer Lichtaustrittsöffnung von 120 mm Durchmesser an der linken Seite des Windschutzscheibenrahmens,

bei allen übrigen Streifenkraftwagen, Mannschaftstransportlastkraftwagen und Verkehrsunfallwagen

je 1 Scheinwerfer mit einer Lichtaustrittsöffnung von 120 mm Durchmesser oben rechts und links am Windschutzscheibenrahmen,

bei Fahrzeugen mit geschlossenem Führerhaus gegebenenfalls an Stelle von 2 seitlichen Scheinwerfern 1 Scheinwerfer mit einer Lichtaustrittsöffnung von 220 mm Durchmesser in der Fahrzeugmitte auf dem Dach des Führerhauses.

Für Alarmfahrzeuge der Feuerwehr sind Abweichungen zulässig.

III. Fahrzeuge, die Warnvorrichtungen und Kesscheinwerfer führen dürfen:

1. Die Kraftfahrzeuge der Polizei, jedoch nur Sonderstreifenkraftwagen, Streifenkraftwagen, Mannschaftstransportlastkraftwagen und Verkehrsunfallkraftwagen,
2. die Alarmfahrzeuge der Feuerwehr, jedoch nur Löschfahrzeuge, Sonderfahrzeuge und Kommandofahrzeuge.

Die kreisangehörigen Feuerwehren bedürfen jedoch, soweit sie akustische Warnzeichen und blaues Kennlicht an ihren Kommandofahrzeugen führen wollen, der Genehmigung des Innenministers. Die für diesen Zweck zugelassenen Fahrzeuge haben einen besonderen vom Innenminister ausgestellten Berechtigungsnachweis stets mitzuführen.

3. Darüber hinaus sind berechtigt, akustische Warnzeichen und blaues Kennlicht an ihren Fahrzeugen zu führen:

- a) der Innenminister des Landes Nordrhein-Westfalen, sein ständiger Vertreter und der Leiter der Polizeiabteilung des Innenministeriums,
- b) der Inspekteur der Polizei des Landes Nordrhein-Westfalen,
- c) der feuerschutztechnische Referent beim Innenministerium des Landes Nordrhein-Westfalen.

4. Bei jeder Polizeibehörde ist darüber hinaus ein Personenkraftwagen mit akustischem Warnzeichen und blauem Kennlicht auszurüsten, der für die Polizeioberbeamten zur Verfügung steht, die infolge der Besonderheit des augenblicklichen polizeilichen Einsatzes von den Vorrechten des § 48 (3) StVO Gebrauch machen müssen.

5. Die blauen Kesscheinwerfer an den unter 3 und 4 bezeichneten Fahrzeugen sind jedoch verdeckt zu führen, wenn die Fahrzeuge sich nicht auf einer Fahrt befinden, auf der die Erfüllung hoheitlicher Aufgaben die Geltendmachung von Verkehrsvorrechten erfordert.

6. Die nach Ziffer 1 bis 4 vorstehend zur Führung des akustischen Warnzeichens und des blauen Kennlichtes berechtigten Fahrzeuge sind zum 15. Dezember 1950 wie folgt dem Innenminister namhaft zu machen:

Fahrzeugtyp / Amtliches Kennzeichen.

IV. Anzeigen bei mißbräuchlicher Benutzung von Warnzeichen und Kennlichtern.

1. Die Polizeibehörden und Polizeibeamten haben besonders darauf zu achten, daß Kesscheinwerfer und Warnvorrichtung nicht mißbräuchlich an Fahrzeugen geführt und benutzt werden. Bei Verstößen ist gegen die Fahrer der Kraftfahrzeuge sofort einzuschreiten. Über mißbräuchliche Verwendung von Kesscheinwerfern und Warnvorrichtungen ist der Innenminister des Landes Nordrhein-Westfalen unter Angabe des Veranlassenden sofort zu berichten.

2. Wegen der Überwachung der Verkehrsteilnehmer auf die Beachtung der durch § 48 (3) StVO eingeräumten Sonderrechte wird auf die Durchführungsbestimmungen zum § 48 StVO verwiesen.

V. Schlußbestimmungen.

1. Die RdErl. des früheren Chefs der Deutschen Polizei im RMdL. vom 7. Mai 1938 (RMBliV. S. 827) und vom 9. 1. 1940 (RMBliV. S. 1080) werden aufgehoben.

2. Über genehmigte Hornsignale und Herstellungsfirmer geht besonderer Erlaß.

An die Regierungspräsidenten, Polizeibehörden — Chefs der Polizei —, Stadt- und Kreisverwaltungen des Landes Nordrhein-Westfalen.

— MBl. NW. 1950 S. 1091.

D. Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

V. Bodenreform, Siedlung, Landeskultur, Wasserwirtschaft

Beihilfen für die Erstellung von Landarbeiter-, Forstarbeiter- und Handwerkerstellen

RdErl. d. Ministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten v. 9. 11. 1950 — V B 106 A

Für die Durchführung der Landarbeitersiedlung nach meinem Runderlaß vom 9. 3. 1950 — Az.: V B 106 A (MBl. NW. S. 265) — sind die Bestimmungen des Reichssiedlungsgesetzes vom 11. August 1919 und die dazu ergangenen Ausführungsvorschriften und Richtlinien maßgebend. An einer Beihilfemöglichkeit jedoch, wie sie in der landwirtschaftlichen Siedlung schon gegeben ist, hat es in dem Verfahren zur Begründung von Landarbeiter-, Forst-

Anlage 4

....., den 195.....

An das
KulturamtB e t r . : Beihilfe für den
(Beruf) (Vor- und Zuname)

in Kreis

Von dem Beihilfebetrug in Höhe von DM
sind zu überweisen:1. zugunsten
auf das Konto Nr. bei der
(Kasse, Bank)2. zugunsten
auf das Konto Nr. bei der
(Kasse, Bank)3. zugunsten
auf das Konto Nr. bei der
(Kasse, Bank).....
(Siedlungsträger)

(Rückseite der Anlage 4)

Kulturamt den 195...

An das
Landeskulturamt

— MBl. NW. 1950 S. 1092.

Literatur

K. Maß: Grundbegriffe der Rechtskunde; siebente völlig neu bearbeitete Auflage von **Dr. Karl Schäfer**. Gersbach & Sohn Verlag Braunschweig, 1950; Preis 5,50 DM.

Der seit langem bekannte „Maß“ ist als „Einführung in die Rechtswissenschaft für Beamte und Studierende“ in der von K. Schäfer bearbeiteten siebenten Auflage neu herausgekommen. Diese Auflage ist zweifellos geeignet, zu den alten Benutzern neue hinzuzuerwerben, da die instruktive Form beibehalten ist und in Fragen und Antworten leicht faßliche und dem neuesten Stand entsprechende Erklärungen gegeben werden. Das während der Drucklegung vom Bundestag verabschiedete Gesetz zur Wiederherstellung der Rechtseinheit auf dem Gebiet der Gerichtsverfassung, der bürgerlichen Rechtspflege, des Strafverfahrens und des Kostenrechts ist in einem besonderen Nachtrag behandelt worden.

— MBl. NW. 1950 S. 1096.